

Zwanzig Jahre Namibia

Was heißt „postkoloniale Entwicklung“?

Zum 20. Jahrestag der namibischen Unabhängigkeit legte der namibische Gewerkschafter und Wissenschaftler Herbert Jauch in einem Vortrag in der SADOCC-Bibliothek am 18. März 2010 seine Thesen für eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dar.

heute, da Namibia die ersten zwanzig Jahre seiner Unabhängigkeit feiert, ist es vielleicht auch an der Zeit, eine breitere Bewertung seiner Errungenschaften und Herausforderungen vorzunehmen und dabei auch die strukturellen Beschränkungen einzubeziehen, die eine ziemlich verzerrte Verteilung von Reichtum und Einkommen aufrechterhalten.

In den vergangenen zwanzig Jahren fanden in Namibia relativ friedliche Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, wenngleich einige politische Parteien Rechtsverstöße und Betrug während der Wahlen von 2009 behaupteten. Im großen und ganzen allerdings blieben die namibischen Wahlkampagnen in Bezug auf die wesentlichen Fragen der Entwicklung belanglos.

Entscheidende Herausforderungen wie Massenarbeitslosigkeit, Armut oder Ungleichheit wurden von den politischen Parteien lediglich als Nebensache behandelt. Sogar dann, wenn man ihnen eine Plattform zur Präsentation ihrer Ideen anbot, blieben sie in Alltagsweisheiten gefangen

und schienen unfähig, über den Teller rand hinaus zu denken.

Die wesentlichen Herausforderungen jedoch, denen Namibia ausge-



20 Jahre Nationbuilding: Hifikepunye Pohamba und Sam Nujoma

setzt ist, sind struktureller Natur und werden nicht einfach so verschwinden. Die Arbeitslosenquote hat nach den letzten verfügbaren Daten im Jahr 2008 51% erreicht. Angesichts der berichteten Entlassungen von Ende 2008 und 2009 kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß die Arbeitslosenquote nun über 55% liegt. Unlängst wies der stellvertretende Jugendminister darauf hin, daß jedes Jahr ca. 30.000 Namibier die Schule und die tertiären Bildungseinrichtungen verlassen, während nur ca. 9.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der neueste *Human Development Report* des UNDP von 2009 weist darauf hin, daß Namibia heutzutage das Land mit der höchsten Einkommensungleichheit weltweit ist. Diese Zahlen lassen eine fundamentale Krise erkennen.

Der Gouverneur der Bank of Namibia, Tom Alweendo, forderte daher einen „Paradigmenwechsel“ ein, um die in Vision 2030 dargelegten Entwicklungsziele der Regierung erreichen zu können. Während der letzten 20 Jahre hat Namibia die wirtschaftlichen Strukturen unverändert belassen und seine Hoffnung auf Entwicklung auf marktgetriebene Initiativen und private – vor allem ausländische – Investitionen gesetzt.

Obwohl man das erreichte, was *mainstream*-Ökonomen als „makroökonomische Stabilität“ mit relativ niedrigen Inflationsraten, niedrigen Defizits und einem moderaten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beschreiben würden, ist der soziale Fortschritt langsam geblieben. Alweendo hat sicherlich Recht, wenn er darauf hinweist, daß Vision 2030 auf dem bisherigen Weg nicht erreicht werden kann.

Welche alternativen Optionen aber gibt es? Die letzten zwanzig Jahre haben deutlich gezeigt, daß Ungleichheit und Massenarbeitslosigkeit weiterhin existieren werden, wenn nicht entscheidende Korrekturen unternommen werden. Dabei sind Namibias entwicklungspolitische Herausforderungen keineswegs singulär, sondern bestehen vielfach ebenso für unsere Nachbarn in der *Southern African Development Community* und in Afrika insgesamt. Daher sind regionale und kontinentale Lösungsansätze vielversprechend.

Eines der umfassendsten alternativen Repertoires von Vorschlägen zur Politik ist in dem Buch *Alternatives to Neo-Liberalism in Southern Africa* (ANSA) enthalten, hervorgegangen aus einer Initiative von Arbeiterbewegungen, Aktivisten und Akademikern aus der SADC-Region. Das Buch setzt auf die Erfahrungen Afrikas der ver-



Informelle Kleinbetriebe - ein wichtiger Wirtschaftszweig

gangenen 30 Jahre und empfiehlt eine „autozentrische Entwicklung“, basierend auf der Erfüllung von lokalen menschlichen Bedürfnissen und der Nutzung lokaler Ressourcen. ANSA tritt für eine dynamische, partizipatorische Demokratie ein, für eine basisgeleitete regionale Integration sowie für eine selektive Entkoppelung von der globalen Ökonomie, um günstigere Bedingungen für die Entwicklung Afrikas zu schaffen. ANSA empfiehlt

Namibia: Stirbt

„Viel zu viele tote Zweige“, bemerkt Aaron Kairabeb traurig und lehnt sich gegen einen riesigen Köcherbaum, eine endemische Art der namibischen Wüste, die unter den Temperaturschwüngen in dieser Region des Globus zu leiden hat. „Als ich ein Kind war, vor mehr als 70 Jahren, hatte mir mein Großvater mit Zweigen dieses Baums meinen ersten Köcher gebastelt. Aber heute befürchte ich, dass er am Sterben ist“, fährt der alte Mann fort, der etwa 200 Kilometer südöstlich von Windhoek lebt.

In dieser Trockenzone ist die *Aloe dichotoma* eine wichtige Touristenattraktion. Diese Riesenaloe sind dort unter dem Begriff aus der Burensprache Afrikaans als *Kokerboom* bekannt, die San benutzen ihre Zweige für den Bau der Euis für ihre Pfeile. Dank ihres faserhaften Stammes, der viel Wasser speichern kann, sind die Bäume dem trockenen Klima Namibias und Südafrikas gut angepaßt und können normalerweise bis zu 300 Jahre alt werden.

Die klimatische Erwärmung jedoch, die in diesem Teil des Globus das Thermometer verrückt gemacht hat, unterzieht sie einer schweren Prüfung. Seit 2001 wurde eine unnormal große Anzahl von toten Köcherbäumen in der namibischen Wüste gefunden. Die Pflanze ist schon auf der Schutzliste der *Konvention zum internationalen Handel mit gefährdeten Arten (CITES)* und wurde nun auch in die Liste der zehn vom Klimawandel am meisten betroffenen Arten aufgenommen, wie der Beluga und der Kaiserpinguin. „Der Köcherbaum ist bekannt für seine Toleranz gegenüber Trockenheit und für seine Langlebigkeit, aber jetzt könnte er seine Grenzen erreicht haben“, sagt Wendy Foden von der International Union for the Conservation of Nature (IUCN), welche die Liste herausgibt.

Einem Regierungsbericht von 2008 zufolge sind die Temperatu-

der Köcherbaum?

ren in Namibia in einem Jahrhundert schon um 1,2 Grad Celsius gestiegen und haben es zum trockensten Land des subsaharischen Afrika gemacht. Die klimatischen Veränderungen wurden als ursächlich angesehen für die zerstörerischen Überschwemmungen im Norden in den Jahren 2008 und 2009 und für die schlimmer werdende Trockenheit im Rest des Landes. Namibia hatte also große Hoffnungen in die Kopenhagener Klimakonferenz im letzten Dezember gesetzt, die eine gemeinsame koordinierte Antwort auf die Erderwärmung geben sollte.

Namibias Premierminister Nahas Angula erklärte jedoch nach seiner Rückreise: „Kopenhagen war sehr enttäuschend. Auf monumentale Weise sind die Führer der Welt gescheitert, indem sie keinen verbindlichen Vertrag zustande brachten“.

Der Regierungschef hat um Hilfe gebeten, für Anfang des Jahres ist eine Versammlung der Geber geplant. „Für die Reparation der Zerstörungen durch die Überschwemmungen braucht Namibia 1,7 Milliarden namibische Dollar (153 Mio Euro) und für langfristige Vorsorgeprojekte, wie beispielsweise den Bau solider Häuser und Infrastrukturen, 3,8 Milliarden (341 Mio Euro)“, schätzt er.

Die Rechnung der Erwärmung könnte jedoch noch viel gesalzener ausfallen. „Im Laufe der kommenden 20 Jahre könnten die klimatischen Veränderungen zwischen 1% und 6% der Wirtschaftsleistung des Landes kosten, einzig wegen ihrer Auswirkungen auf unsere natürlichen Ressourcen“, sagt Tourismusminister Netumbo Nandi-Ndaitwah. Nicht eingerechnet die Folgen für den Fischfang, der 7% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, sowie für die kommerzielle und eigenversorgende Landwirtschaft.

Andreas Fecke

außerdem die Gründung neuer, fortschrittlicher Allianzen auf dem Kontinent und auf globaler Ebene sowie neue Ansätze in Wissenschaft, Technologie, Erziehung und Geschlechterbeziehungen. ANSA weist ferner darauf hin, daß systematische Förderungen für die informelle Wirtschaft angeboten werden müssen, welche gegenwärtig für das Überleben der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung im Südlichen Afrika sorgt.

Freilich ist die Veränderung von wirtschaftspolitischen Strategien, von Strukturen und Zugangsweisen nicht nur eine Sache der „guten Ideen“, sondern erfordert politisches Handeln. Dieses ist nicht von vornherein zu erwarten, weil hier etablierte Interessen eine Rolle spielen. Die Rolle und Orientierung von Politik sind abhängig von dem Kräftegleichgewicht in der Gesellschaft, und daher liegt die Aufgabe für Menschen an der Basis darin, die existierenden Staaten in unabhängige, wirklich auf Entwicklung hin ausgerichtete, verantwortungsbewußte und ethische Staaten zu verwandeln.

Von guten Ideen zur Politik

Der wesentlichste Schritt in diesem Prozeß ist es, eine Bewegung von unten aufzubauen, welche den Staat prägen kann. Wie in anderen afrikanischen Staaten, so wurden auch in Namibia die stärksten gesellschaftlichen Organisationen wie die Studenten- oder die Gewerkschaftsbewegung in hohem Ausmaß demobilisiert. Das war möglich wegen des Vertrauens, das solche Bewegungen in die Befreiungsbewegungen hatten, als diese zu den Regierungen der unabhängigen Staaten wurden. In den meisten Fällen jedoch wurden die Hoffnungen und Sehnsüchte der Bevölkerungsmehrheit enttäuscht, während die herr-

schenden Parteien die politische Kontrolle behielten. Auf der anderen Seite gewannen die meisten gesellschaftlichen Massenbewegungen die Stärke, die sie während der „Tage des Kampfes“ gehabt hatten, nie wieder zurück.



*Aufgelöste Firma Ramatex:
Zuviel Vertrauen in ausländische Investoren?*

Sie stehen daher jetzt vor der Aufgabe, eine Bewegung wiederaufzubauen. Sie wissen, daß jede ernsthafte Initiative, um das gegenwärtige Entwicklungsparadigma zu verändern, politische Bewußtseinsbildung und Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung (einschließlich der Arbeiter, Kleinbauern und der Arbeitslosen) an der Basis erfordert. Solch eine Mobilisierung muß auf einem klaren Verständnis der gegenwärtigen Krise und der Möglichkeiten für eine alternative Entwicklungsstrategie basieren.

Basismobilisierung muß ein ständiges Engagement mit dem Staat beinhalten, um ihn in einen ethischen, verantwortlichen und entwicklungspolitisch ausgerichteten Staat zu verwandeln, der im Interesse der arbeitenden Menschen handelt und nicht im Interesse derer, die ANSA „das Imperium“ nennt (d.h. Organisationen, welche die Interessen der Industriestaaten und des globalen Kapitals vertreten wie die G8, die Welthandelsorganisationen, der Internationale Währungsfond, die Weltbank etc.). Und weil es für in-

dividuelle Länder wie Namibia nahezu unmöglich ist, dem Druck des „Imperiums“ aus eigenem zu widerstehen, ist es eine Notwendigkeit, einen effektiven regionalen Block im Südlichen Afrika zu errichten, der ein höheres Niveau an Selbständigkeit und Selbstbestimmung erreichen kann.

ANSA zieht drei grundlegende Elemente in Betracht, auf denen eine alternative Entwicklungsstrategie gegründet werden muß. Diese sind:

- der „soziale Faktor“: wie sind die grundlegenden Menschenrechte der Leute abgesichert und wie werden sozial verletzbar Menschen vor Armut und Ausbeutung geschützt;
- der „demokratische Faktor“: wie funktioniert das politische System, wie fallen Entscheidungen, wie werden Ressourcen und Chancen verteilt und wie werden Gerechtigkeit und Fairneß erreicht;
- der „globale Faktor“: wie arbeitet das System auf globalem Niveau, wie fallen dort Entscheidungen und wie werden sie umgesetzt, wie werden globale Ressourcen kontrolliert und verteilt, wie betrifft dieses System Afrika.

Eine alternative Strategie muß sich mit allen drei Faktoren gleichzeitig befassen. Sie kann nicht erfolgreich sein, ohne Menschenrechte für alle, ohne freie politische Teilnahme oder ohne eine faire Verteilung der Ressourcen. Eine alternative Strategie kann auch nicht erfolgreich sein, ohne den Einfluß des „Imperiums“ auf globalem Niveau zu begrenzen. Daher verlangt ANSA die Förderung von sozialen und demokratischen Faktoren, welche die materiellen und sozialen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung erfüllen und ein Regierungssystem schaffen, das demokratisch

und rechenschaftspflichtig ist. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, Eingriffe des „Imperiums“ durch die globale Akteure wie den IWF oder die Weltbank auszuschalten (oder zumindest zu minimieren).

Entwicklung bezieht sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern muß auch Menschenrechte, gemeinschaftliche Rechte und das Recht auf nationale und regionale Selbstbestimmung miteinbeziehen. Sie befaßt sich auch mit Themen wie Gleichheit und Fairneß bei der Verteilung der Ressourcen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene. Die Förderung sozialer Dienstleistungen wie Wasser, Energie, Gesundheit und Erziehung kann nicht für alle garantiert werden, solange diese den Kräften des Marktes überlassen werden. Soziale Leistungen sind keine geeigneten Materialien für Privatisierung, da sie Teil der grundlegenden Menschenrechte sind und Staaten die Verantwortung haben, sie für das ganze Volk sicherzustellen. Der Staat muß daher entwicklungspolitisch, ethisch sowie verantwortungsvoll und dem Volk gegenüber verantwortlich sein. Entwicklung

muß zu einem besseren Leben der arbeitenden Bevölkerung führen und zur Beseitigung von Armut. Dies kann nur erreicht werden, wenn sie auf der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte basiert, welche beinhalten:

muß zu einem besseren Leben der arbeitenden Bevölkerung führen und zur Beseitigung von Armut. Dies kann nur erreicht werden, wenn sie auf der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte basiert, welche beinhalten:

- politische oder zivile Rechte
- ökonomische Rechte
- soziale and kulturelle Rechte

ANSA argumentiert, daß all diese Rechte zu jeder Zeit gesichert und verteidigt werden müssen, und daß es keinen Kompromiß geben darf, z. B. daß nur die politischen Rechte garantiert sind, während die ökonomischen

Der Staat: Ethisch und verantwortlich

Rechte verletzt werden. Alle Menschenrechte ernst zu nehmen bedeutet, die Verteilung von Wohlstand und Einkommen in unserer Gesellschaft anzugehen. ANSA empfiehlt einen umgebungsorientierten Zugang zu den Menschenrechten, weil diese nicht einfach nur individuelle Rechte sind, sondern auch Gemeinschafts- und nationale Rechte beinhalten. Wichtige Aspekte sind das Recht auf nationale Selbstbestimmung (wie in der Charta der Vereinten Nationen verankert) und das Recht der lokalen Gemeinschaften, ihre eigenen Lebensstile und Lebensgestaltung zu entwickeln.

Nach zwanzig Jahren Unabhängigkeit weist die namibische Wirtschaft noch immer alle Kennzeichen einer klassischen neokolonialen Ökonomie auf. Ihr Export besteht hauptsächlich aus unverarbeiteten (oder halbverarbeiteten) Mineralien, Diamanten und aus Fisch, während die meisten Konsumgüter weiterhin importiert werden. Namibias frühere Kolonialmacht, Südafrika, ist immer noch für einen hohen Prozentsatz der Importe verantwortlich, in den letzten Jahren stiegen jedoch auch die Einfuhren aus China und aus Europa. Die vorgeschlagenen *Economic Partnership Agreements* der Europäischen Union (EPAs) werden von der namibischen Regierung weiterhin abgelehnt, weil sie Namibia noch stärker für Produkte und Dienstleistungen europäischer Konzerne öffnen und eine mehr inlandszentrierte Entwicklung fast unmöglich machen würden.

Namibias wirtschaftliche Schlüsselressourcen wie Land, Mineralien und Fisch stehen immer noch zu einem großen Teil unter der Kontrolle ausländischer Konzerne und Personen, weshalb die Unabhängigkeit Namibias nur als eine teilweise bezeich-

net werden kann. Ökonomische Unabhängigkeit ist zweifellos noch ein weit entfernter Traum, solange Namibia nicht entschiedene Schritte unternimmt, um lokale Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes zu ermutigen und zu fördern mit dem Ziel, ihre Erträge der Bevölkerungsmehrheit und nicht nur ausgewählten Wenigen zugänglich zu machen.

Eine wesentliche Strategie in Bezug auf Arbeitsplatzschaffung und wirtschaftliche Entwicklung muß in diesem Zusammenhang die systematische Förderung von verarbeitender Industrie sein. Diese muß in eine regionale Strategie zur Schaffung mehrwertzeugender Produktionsketten eingebettet sein. Ausgangspunkt dafür wird eine vorrangige Nutzung von lokalen Rohstoffen ebenso wie die Förderung lokaler Anbieter sein müssen, um Konsumentenbedürfnisse an



Lokale Anbieter bevorzugen

Nahrungsmitteln, Kleidung, Möbeln und anderen grundlegenden Gütern zu befriedigen.

Maßnahmen wie die Verpflichtung von Großhändlern, einen zunehmenden Anteil ihrer Güter und Dienstleistungen lokal zu beziehen, sind Schritte in die richtige Richtung – und Namibia hat begonnen, solche Schritte zu setzen.

Ein anderer Schlüsselaspekt ist es, die Abhängigkeit von ausländischem Kapital zu reduzieren, und im Umgang mit ausländischen Investoren sehr selektiv vorzugehen. Einige südostasiatische Länder haben in dieser Hinsicht gute Beispiele gegeben und dadurch gezeigt, daß eine kohärente Industrialisierungsstrategie zum Transfer von Qualifikation und Technologie bei gleichzeitiger Herausbildung lokaler Kapazitäten führen kann.

Ideen wie diese, verbunden mit Maßnahmen einer Umverteilung zur Verringerung der Lohnunterschiede und mit der Einführung eines Grundeinkommens (*Basic Income Grant / BIG*) stehen zweifellos gegen die neoliberale Ideologie der Globalisierung. Namibia und seine afrikanischen Nachbarn werden daher strategisch überlegen müssen, wie afrikanische Zusammenarbeit am besten sinnvoll verstärkt werden und wie man sich gleichzeitig selektiv von jenen Aspekten der Globalisierung entkoppeln kann, die eine inlandszentrierte Entwicklung und die Transformation von Afrikas neokolonialer Entwicklung verhindern.

Die Machtposition derjenigen, welche den derzeitigen Globalisierungsprozeß vorantreiben – wie der Transnationalen Konzerne und ihrer Verbündeten auf Regierungsebene (G8) oder der Weltbank und der WTO –, wird in Frage gestellt werden müssen, um globale Bedingungen herstellen zu können, die für das Erreichen sozialer Gerechtigkeit und für die Überwindung von Armut und Massenarbeitslosigkeit besser geeignet sind.

Daher werden neue progressive Allianzen geschaffen werden müssen,

Selektive Entkoppelung

